

BUNDESTAGSWAHL AM 23. FEBRUAR 2025

Quo vadis, Rente & Co.?





BDV

Bundesverband Deutscher Vermögensberater

Ende Februar 2025 wird bekanntlich gewählt. Es wird spannend wie lange nicht mehr. Wer wird koalieren? Erholen sich SPD und Grüne? Schafft es die FDP wieder ins Parlament? Dies nur einige Fragen, die nicht nur die Demoskopen beschäftigen.

Neben einem überzeugenden Wahlkampf sollte vor allem das Programm der Parteien maßgeblich sein, wenn es darum geht, welche davon unserem Berufsstand gegenüber eher positiv eingestellt sind. Dabei im Vordergrund: Welche Position hat die jeweilige Partei zu den Themen private Altersvorsorge, Vermögensbildung, persönliche Beratung und zur Provision als Vergütung.



Unseren Beruf sieht die Union neutral bis positiv. In Brüssel gehört die EVP, also der Zusammenschluss der konservativen Parteien, zu denjenigen, die vehement Bürokratieabbau fordern und sich für persönliche Beratung und Provisionen aussprechen. Bei der Rente soll es nach dem Wunsch der CSU eine Aufstockung der Mütterrente geben – also nicht weniger, sondern noch mehr Rentenversprechen. Außerdem soll es eine verpflichtende private Altersvorsorge mit Opt-Out-Möglichkeit geben. Ein solches Obligatorium lässt sich vermutlich nur über die Arbeitgeber organisieren, also wohl ohne Einschaltung selbständiger Berater. Und ein »Opt-Out« wäre wieder einmal mit viel zusätzlicher Bürokratie verbunden. Mit einem Frühstartergeld soll außerdem jedes Kind vom 7. bis zum 18. Lebensjahr für die spätere Rente monatlich 10 Euro aus Steuermitteln erhalten, die in ein

staatlich geschütztes Depot eingezahlt werden. Dieses kann durch Eltern, Verwandte und später die erwachsenen Kinder selbst aufgestockt werden. Vieles wird von der konkreten Ausgestaltung abhängen. Klar ist aber: Auch die Union will in der privaten Altersvorsorge mehr »Staat als Privat«.



In Brüssel gehörten die Sozialisten in der zurückliegenden Legislatur zu den Befürwortern eines generellen Provisionsverbotes. Man sieht zwar die Notwendigkeit einer persönlichen Beratung, setzt allerdings auf die Honorarberatung. Bei der Rente ist die SPD klar positioniert: Sie setzt voll auf die gesetzliche Rente, und zwar zugunsten der Rentner (stabiles Rentenniveau) und zu Lasten der Erwerbstätigen (steigender Beitragssatz und Steuerzuschuss). Wenn also der Staat überhaupt Steuermittel für die Rente zur Verfügung stellt, dann nicht zur Förderung der privaten Altersvorsorge, sondern zur Stabilisierung der Rentenversprechen in der gesetzlichen Rente. Dies erklärt auch, warum sich die SPD nie wirklich für eine Riester-Reform eingesetzt hat.



Die Fraktion der Liberalen hat sich in Brüssel in der zurückliegenden Legislatur am deutlichsten für die Vorteile einer persönlichen Beratung und die der Provision ausgesprochen. Die Partei hat als einzige

die Zukunft der Berufe der Selbständigen, durchweg positiv, im Blick. In der Vermögensbildung fordert die Partei deutlich höhere Freibeträge für das Aktiensparen. Und bei der Rente hat die FDP in Berlin in der Ampel-Koalition mit viel Kraftanstrengungen versucht, die Riester-Vorsorge endlich zu reformieren und in der gesetzlichen Rente eine teilweise kapitalgedeckte Finanzierung zu schaffen (Generationenkapital). Am Ende ist dies alles durch den Bruch der Regierung nicht mehr umgesetzt worden.



Bündnis 90 / Die Grünen sind ausgewiesene Kritiker der Provisionsberatung, und zwar in Brüssel und in Berlin. Insbesondere in Brüssel hat sich die Fraktion vehement für ein generelles Provisionsverbot eingesetzt und will dies auch weiterhin tun. Angeblich sei nur die Honorarberatung der richtige Weg. In der gesetzlichen Rente soll es eine Garantierente nach 30 Versicherungsjahren geben. In der privaten und betrieblichen Altersvorsorge setzt die Partei auf einen staatlich organisierten Bürgerfonds mit einem Obligatorium für alle. Privatwirtschaftliche Lösungen und die persönliche Beratung würden damit ausgetrocknet werden.



Die Afd will in der gesetzlichen Rente das Rentenniveau von heute 40% auf gut 70% erhöhen. Wie das finanziert werden kann, lässt die Partei offen. Eigene Positionen der Partei zur persönlichen Beratung,

zur Provision, zur staatlich geförderten privaten Altersvorsorge oder zur Vermögensbildung existieren nicht oder sind nicht bekannt. Lediglich hat die Partei eine konkrete Anfrage beantwortet, indem sie wortwörtlich eine Stellungnahme des BDV wiedergegeben hat.



Die Planungen des BSW zur Rente sind diffus und es handelt sich wohl eher um Sofortmaßnahmen als um ernst zu nehmende Reformvorschläge. So soll es als sofortigen Inflationsausgleich 120 Euro mehr Rente pro Monat vor allem für Rentner mit niedrigen und mittleren Bezügen geben. Außerdem sollen alle der rund 21 Millionen Rentner 500 Euro Weihnachtsgeld erhalten. Was unseren Beruf und Provisionen angeht, dürften die Positionen der neuen Partei große Ähnlichkeit mit denen der Partei Die Linke haben.



Glaubt man den Demoskopen, ist es unwahrscheinlich, dass die Partei »Die Linke« wieder den Sprung ins Parlament schafft. Nichtsdestotrotz: Die Partei ist bekannt als genereller Gegner der privaten Finanzwirtschaft insgesamt. Ginge es nach ihr, gäbe es weder eine staatliche Förderung für die Altersvorsorge noch eine private Krankenvollversicherung. In der Vermögensbildung strebt die Partei eine starke Umverteilung an, bis hin zur Vermögensabgabe. Letzteres käme einer Enteignung gleich.

DR. HELGE LACH

Dr. Helge Lach ist Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Vermögensberater (BDV). Mit 50 Jahren Erfahrung in Vermögensaufbau und Absicherung ist der Verband mit seinen über 15.000 Mitgliedern ein wichtiger Gesprächspartner von Bundestag, Bundesrat, den Landesregierungen und ist aktiv auf europäischer Ebene, wenn es um die Rahmenbedingungen der Finanzberatung geht.

